

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Postanschrift: Tagesblatt Riesa.
Vertrieb Nr. 23.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meissen.

Postfach: Dresden 1539
Straßen-Riesa Nr. 52.

Nr. 124.

Sonnabend, 30. Mai 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in die Nummer des Ausgabestages und bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 4 mm hohe Werbschrift-Zeile (6 Silben, 25 Gold-Pfennige, die 50 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, fremdsprachiger Satz 25%, wenn der Betrag verfallt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeiträge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Politische Pfingsten 1925.

Die wichtigsten innenpolitischen Fragen sind im Laufe der letzten Tage trotz lebhafter Debatten und Meinungs-kämpfe durch den Reichstag gelöst worden. Innenpolitisch bestehen begründete Aussichten auf eine reibungslose Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien, die sich nach der Wahl Hindenburg zum Reichspräsidenten wesentlich einander genähert haben. Die innenpolitische Situation ist infolgedessen als durchaus befriedigend zu bezeichnen, als es dem Reichsanwalt und dem Außenminister gelungen ist, die bürgerlichen Mehrheitsparteien für die innen- und außenpolitischen Ziele der Regierung zu gewinnen. Das Pfingstfest kann also diesmal im Zeichen einer Beruhigung der politischen Lage im Innern des Reiches gefeiert werden. Das wird sehr viel heißen, nachdem Jahre lang gerade zu dieser Zeit die heftigsten politischen Meinungskämpfe im Gange waren. Man erinnert sich noch daran, daß das Pfingstfest 1924 ganz im Zeichen der heftigen politischen Wahlkämpfe vom 4. Mai und ihren Nachwirkungen stand.

Außenpolitisch steht man vor wichtigen Entscheidungen. In London und Paris wird die Diplomatie während der Pfingstfeiertage nicht ruhen, sondern eifrig daran arbeiten, in der Sicherheits- und Entwaffnungsfrage Forderungen über Forderungen gegen Deutschland aufzustellen. Immerhin hat es den Anschein, als ob die außenpolitische Lage ebenfalls einer Klärung entgegengeht. Frankreich und England haben sich zwar bisher noch nicht über die wichtigsten Einzelheiten der politischen Fragen einigen können, aber schon jetzt ergeben sich erste Möglichkeiten zu Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Regierungen, durch die man den Konflikt über die Entwaffnungsfrage beizulegen könnte. Gerade jetzt geht ein ernstes Streben durch die ganze Welt, den Frieden zu sichern, die Mißlungen einzustellen und die Kriegsverfahren nach Möglichkeit zu beenden. Wenn auch überall große Schwierigkeiten eintreten, die das Zustandekommen eines Friedenspaktes in Frage stellen, so kann doch nicht gelugnet werden, daß die Bestrebungen der europäischen Friedensfreunde endlich gemeint sind und daß das notwendige Verständnis für die Sicherheitsbestrebungen in fast allen beteiligten Ländern geschaffen werden kann. Frankreich nimmt zwar eine Haltung ein, die immer neue Konflikte hervorruft, zumal der neue Außenminister Briand weniger bemüht ist als Herrriot, eine Politik der Entspannung zu treiben. Es bleibt daher abzuwarten, ob unter solchen Umständen die französische Regierung überhaupt ernsthaft Sicherheitskonferenzen zustandekommen läßt. In England ist aber die Bewegung, die auf die Sicherung des Friedens gerichtet ist, völlig freigelegt, sobald die englische Regierung sich ausschließlich diesem Problem ihre Aufmerksamkeit widmet.

Die deutsche Regierung kämpft jetzt um die Wahrung der Lebensinteressen des deutschen Volkes. Wie der Außenminister Dr. Stresemann treffend in seiner Reichstagsrede festgestellt hat, kann eine Beruhigung der europäischen Lage erst dann eintreten, wenn die einseitige Unterdrückungspolitik endgültig beseitigt wird. Es ist ein erster geistiger Kampf, den die deutsche Politik führt, um dem Ansehen und den Bedürfnissen des Deutschen Reiches in der Welt Geltung zu verschaffen. Nachdem Jahre lang von deutscher Seite Opfer über Opfer gebracht worden sind, wäre es ein vielversprechender Erfolg, wenn nunmehr auch von Seiten der Welt gegenüber Deutschland etwas mehr Vertrauen und Rücksichtnahme auf die Seele Deutschlands gepflegt werden sollte. Es war außerordentlich erfreulich, als nach der Wahl Hindenburgs von Seiten unserer früheren Kriegsgegner kein Entrüstungsgeheul angestimmt wurde, sondern daß sogar von englischer, amerikanischer und italienischer Seite anerkannt wurde, aus welchen Motiven heraus die Wahl des deutschen Volkes auf den Generalfeldmarschall von Hindenburg gefallen ist. Das Ausland hat den neuen Reichspräsidenten mit Respekt und mit Würde aufgenommen, was der beste Beweis dafür ist, daß man allmählich gelernt hat, das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes als unantastbar zu respektieren.

Reichspräsident von Hindenburg hat nach seinem Amtsantritt an die deutschen Parteien einen Appell zur Einigkeit gerichtet. Man ist bei uns allerdings noch sehr weit davon entfernt, die politischen Meinungsverschiedenheiten zurückzustellen und Schulter an Schulter für den Wiederaufbau des Landes zu arbeiten. Trotzdem aber sind einige ganz erhebliche Ansätze vorhanden, die zur Hoffnung berechtigen, daß die politischen Kämpfe auf das sachliche Gebiet übertragen werden und man nicht mehr vor der Gefahr steht, daß die Meinungsverschiedenheiten in einen Kampf aller gegen alle ausarten könnten.

Das Pfingstfest 1925 ist aus all' diesen Erwägungen heraus als ein Fest der wiederwachsenden Freude und Sorglosigkeit zu feiern. So ernst auch manche schwere Verantwortung auf Regierung und Volk lasten, besteht doch noch manch' heller Ausblick, der die Hoffnung auf bessere Zeiten nicht verlinken läßt.

Die Abänderung der sächsischen Gemeindeordnung.

Endgültige Annahme der Abänderungsvorlage im Landtage.
Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen den Innenminister Müller.

In der Freitags-Sitzung des Sächsischen Landtages wurde die Vorlage über die Abänderung der Gemeindeordnung in dritter Lesung endgültig angenommen. Für die Abänderung stimmten 67, dagegen 23 Abgeordnete.

Der scharf umkämpfte Gesetzentwurf hatte bekanntlich am Dienstag insolge der Obstruktion der Linksozialisten und Kommunisten zu einer ununterbrochenen Redeführung von etwa 24stündiger Dauer geführt.

Sächsischer Landtag.

III. Dresden, 29. Mai 1925.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Abg. Grefmann (Dn.) eine Erklärung ab, die sich mit den gegen den Polizeileutnant Göge durch den Abg. Reineke erhobenen Vorwürfen beschäftigt. Redner stellt fest, daß der verantwortliche Schriftleiter der Sächsischen Volkszeitung, der seinerzeit die Vermüde öffentlich erhob, im März d. J. zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden sei, weil ihm nach seiner Richtung hin der Wahrheitsbeweis gelungen sei.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gemeindeordnung

für den Freistaat Sachsen vom 1. August 1923.
Während der Berichterstattung Abg. Köhlig (DVP) sich auf wenige Worte beschränkt, geht der Mißtrauensantrag Abg. Rehrig (Lp.) nochmals auf die Gründe der Ablehnung des Entwurfs durch die Linksozialisten und Kommunisten ein und beantragt Annahme der Minderheitsanträge.

Abg. Dr. Seiffert (Dem.) beantragt namens seiner Parteifreunde, die Beratung und Abstimmung des gesamten Materials zu verbinden, da alles nötige bereits in der ersten und zweiten Lesung gelangt worden sei. — Der Antrag wird gegen die Stimmen der Linksozialisten und Kommunisten angenommen.

Abg. Dr. Saacke (Linksoz.) bekennt sich als Anhänger der Koalitionspolitik und erklärt, seine Gegnerschaft gegen die Vorlage entzünde rein sachliche Gesichtspunkte.
Abg. Kaula (Dn.): Uns geht die Vorlage nicht weit genug, aber wir resignieren, da bei der gegenwärtigen Zusammenlegung des Landtags nichts mehr zu erreichen ist.

Minister des Innern Müller:
Wenn Sie (nach links) auch zehnmal wiederholen, mit der Vorlage komme die Reaktion wieder usw., und wir es zehnmal wiederlegen, werden Sie doch dabei bleiben, denn ihnen kommt es nicht darauf an, die Gemeindeordnung zu verbessern, sondern einen Vorstoß gegen die Regierung zu unternehmen. Das vorgeschlagene Genehmigungsrecht wird die Geschäfte wesentlich beschleunigen. Es läßt sich nicht nachweisen, daß die Arbeiterkraft wirklich dagegen sei, denn die Arbeiterkraft ist seit Jahr und Tag auf das schändlichste belogen worden. (Lärm links.) Richtig ist auch das das Zweikammersystem wieder eingeführt werden solle. Die Verkürzung der Staatsausgabe geschieht nicht mit Zustimmung der Bürgermeister, denn der gegenwärtige Staat ist nicht mehr der alte Obrigkeitsstaat. In einem Jahre wird kein Mensch mehr davon reden, daß diese Vorlage ein reaktionärer Aufschlag gewesen wäre.

Ist eine zweite Inflation zu befürchten?

Auf eine vom Verband Sächsischer Industrieller bei der Reichsbank gestellte Anfrage, ob die immer wieder auftauchenden Gerüchte über eine angeblich bevorstehende zweite Inflation irgend eine Grundlage in den Verhältnissen hätten, teilte das Reichsbankdirektorium folgendes mit:

Die Annahme, daß die deutsche Währung wieder inflationistische Momente zeige, wie die immer häufiger eintreffenden Lohn- und Preisbewegungen, die nur durch eine Geldentwertung zu erklären seien, erweisen, erscheint uns abwegig. Es sind allerdings im Herbst vorigen Jahres, ebenso auch zu Beginn des laufenden Jahres, auf vielen Gebieten Preissteigerungen zu verzeichnen gewesen. Der Großhandelsindex ist von 115,0 im Durchschnitt des Monats Juli 1924 auf 152,3 im Monat Oktober und auf 138,2 im Monat Januar 1925 gestiegen, um, auf den Stichtag des 15. April des Jahres berechnet, wieder auf 131,4 zurückzugehen. Diese Bewegungen stellen aber keineswegs nur eine innerdeutsche Sonderentwicklung dar, sondern stehen im Zusammenhang mit der Preisbildung am Weltmarkt, und sind, soweit die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse die Gestalt der Indizes beeinflussen, auch durch den schlechten Ausfall der deutschen Ernte des letzten Jahres mit bedingt. Die Schwankungen des Preisniveaus berechtigen daher durchaus nicht ohne weiteres zu dem

Schluss, daß hierbei Kaufkraftveränderungen auf der Geldseite vorliegen.

Schlüsselt man sich, wie wir noch betonen, daß die Stellung der Reichsbank heute so stark ist, daß sie ohne weiteres alle Drehungen der Währung entgegenzunehmen vermag. Wir müssen es aufs schärfste verurteilen, wenn durch unverantwortliche Zeitungsbüchlein eine Atmosphäre des Mißtrauens gegen die Währung geschaffen wird in einer Zeit, in der eine ruhige Entwicklung namentlich im Hinblick auf die fortgesetzten Bemühungen zur Wiederbelebung des Exportes doppelt wünschenswert erscheint.

Schwere Industriekrise im Bochumer Bezirk.

Stillelegung industrieller Anlagen im Ruhrgebiet. Wie aus Essen gemeldet wird, hat die Industrie und der Bergbau der Bochumer Bezirke einstimmig beschlossen, sämtliche Industrieanlagen unverzüglich still zu legen, weil die im neuen Abkommen des Bergwerkes vom 22. Mai festgelegten Löhne von der Industrie des besetzten Gebietes nicht getragen werden können. Wie weiter verlautet, wollen sich unmittelbar nach Pfingsten der Arbeitgeberverband für die nordwestlichen Gruben sowie der Arbeiterverband für die Gesamtheit des Bergbaus und der Eisenindustrie des Ruhrgebietes diesem Schritt anschließen.

Stiehlers Weinrestaurant

empfiehlt seinen prächtigen geschützten Garten und seine vollständig renovierten
sohnswerten Gast- und Gesellschaftszimmer einem regen Besuch.
Ausgezeichnete Küche. Erstklassige preiswerte Weine. 1a Schoppen.
Rheinische Krüge. 1a Erdbeerbowle.